Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz am 21. April 2018 in Idar-Oberstein

J-1 Respekt, Räume und Ressourcen – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen

GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Anne Spiegel (KV

Gremium: Speyer), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Bernhard Braun (KV

Ludwigshafen), Daniel Köbler (KV Mainz);

Beschlussdatum: 16.03.2018

Tagesordnungspunkt: 5. Jugendbeteiligung

- Beteiligung und demokratische Teilhabe von Anfang an dafür stehen wir GRÜNE.
- 2 Wir nehmen Kinder und Jugendliche in ihren Anliegen und in ihrer Meinung ernst
- und wollen daher die politische Beteiligung auch für junge Menschen in
- 4 Rheinland-Pfalz ausbauen. Um junge Menschen für unsere Demokratie zu begeistern
- ist es insbesondere in Anbetracht des derzeitigen Rechtsrucks besonders
- 6 geboten, Jugendliche und junge Erwachsene verstärkt in demokratische Prozesse
- einzubinden.
- 8 Positive Erfahrungen mit unserer Demokratie stärken die demokratische
- 9 Grundhaltung gerade in der entscheidenden Jugendphase. Hinzu kommt, dass
- bedingt durch den demographischen Wandel der Anteil junger Menschen in der
- Bevölkerung sinkt. Weil viele junge Menschen noch nicht wählen dürfen, fallen
- ihre Interessen oft unter den Tisch. Dabei sind Kinder und Jugendliche unsere
- Gegenwart und Zukunft. Und für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht werden.
- 14 Wir GRÜNE haben erreicht, dass sich die gesamte Landesregierung dieses Anliegen
- zum Ziel gemacht hat. Die vom grün geführten Jugend- und Familienministerium
- entwickelte und von allen Ministerien getragene Jugendstrategie "JES! Jung.
- 17 Eigenständig. Stark" beschreibt Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe aller
- 8 Ressorts auf der Grundlage von drei Leitzielen:
 - Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe in der Gesellschaft
 - Gewährleistung autonomer Gestaltungsspielräume
 - Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gestaltungs und Entscheidungsprozessen
- 22 Mit der jugendpolitischen Strategie "JES!" werden die Belange Jugendlicher in
- 23 allen Politikbereichen verankert und mitgedacht. Das Programm fördert unter
- 24 anderem Jugendsozialarbeit, interkulturelle Arbeit, die Partizipation auf
- 25 kommunaler Ebene, Medienkompetenz, Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und
- europäische sowie internationale Jugendprojekte.
- Die auf GRÜNE Initiative hin vom Landtag eingerichtete Enquete-Kommission
- ²⁸ "Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie" hat in der vergangenen
- 29 Wahlperiode auf der parlamentarischen Ebene maßgeblich dazu beigetragen, die
- 30 Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken. Auf ihre Empfehlung hin wurden
- 31 beispielsweise Kompetenzen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung in der
- Ausbildung von Erzieher*innen sowie Lehrer*innen verankert.
- Partizipationsmöglichkeiten in Kitas und Schulen wurden ausgeweitet und der
- Anspruch auf Bildungsfreistellung für Auszubildende gestärkt.
- Ein wesentlicher Schritt war zudem die auf Initiative der Enquete-Kommission
- erreichte Absenkung der Altershürde für die Unterzeichnung von

- Einwohneranträgen. Durch diese Änderung der Gemeindeordnung können nun
- Einwohner*innen schon ab 14 Jahren für ihr Anliegen Unterschriften sammeln und
- das jeweilige Thema zum Gegenstand einer Ratssitzung machen. Wir werben dafür,
- dass diese Beteiligungsmöglichkeit auch und gerade von Jugendlichen stärker
- genutzt wird, um ihrer Meinung Nachdruck zu verleihen.
- 42 Grüne Jugendpolitik steht für Respekt, Räume und Ressourcen. Wir begegnen jungen
- 43 Menschen und ihrer Meinung mit Wertschätzung, ermöglichen und sichern Freiräume
- 44 für eigene Gestaltungsmöglichkeiten und wir garantieren, dass dafür mehr
- personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.
- 46 Respekt: Jugendbeteiligung konsequent umsetzen
- 47 Wir wollen die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen berücksichtigen und
- 48 faire Teilhabechancen ermöglichen. Deswegen wollen wir die Mitspracherechte der
- Jugendlichen weiter stärken. Wir wollen auch auf kommunaler Ebene Partizipation
- von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe verankern. Neben
- erfolgreichen Projekten im Bereich der Jugendarbeit und gezielten
- 52 Beteiligungsmaßnahmen muss Jugendlichen eine wirksame Teilhabe vor Ort auch
- strukturell ermöglicht werden.
- Leider sind wir von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung auf kommunaler
- 55 Ebene bis auf einzelne Jugendparlamente noch weit entfernt. Jugendparlamente
- können auf Ebene der Städte und Gemeinden dazu dienen, den Anliegen junger
- 57 Menschen mehr Raum zu geben. Dafür ist es zwingend erforderlich, dass die
- Jugendlichen eine verbindliche Ansprechperson in der Verwaltung haben, die sich
- 59 gemeinsam mit den Jugendlichen darum kümmert, dass ihre Anliegen auch in den
- 60 Gremien der Kommune ankommen. Jugendparlamente brauchen hierfür auch ein eigenes
- 61 Budget, das ihnen zur Verfügung gestellt wird.
- Wir wollen, dass in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung weitergehende
- Regelungen für die Einrichtung von Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene
- verankert werden. Nach baden-württembergischem Vorbild sollen Jugendliche die
- 65 Möglichkeit haben, die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen.
- 66 Kommunale Jugendvertretungen sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in
- den kommunalen Räten sowie ein Anrecht auf angemessene finanzielle Mittel und
- ein eigenes Budget haben. Ebenfalls soll die strukturelle Beteiligung bei
- 69 bestimmten Themen verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.
- 70 Demokratische Beteiligung lernen Jugendliche am besten, wenn sie gute
- Möglichkeiten haben, sich demokratisch zu beteiligen. Das ist gerade in der
- 72 Schule wichtig, denn dort verbringen junge Menschen einen großen Teil ihrer
- Lebenszeit. Auch und gerade hier müssen positive Erfahrungen über die
- 74 Wirksamkeit von politischem Engagement erzielt werden. Auch wenn
- 75 Demokratiepädagogik und demokratische Mitbestimmung zwei Seiten einer Medaille
- sind, soll demokratische Mitbestimmung nicht nur ein Element der
- 77 Demokratieerziehung sein, sondern als Mittel der formal garantierten
- 78 Einbeziehung unterschiedlicher Interessengruppen an der Schule ernst genommen
- y werden. Dieses Verständnis von Partizipation an der Schule ist auch ein
- wesentlicher Baustein von inklusiver Schule. Denn die Schüler*innen und Schüler
- sind nicht als eine geschlossene Interessensgruppe zu verstehen, ebenso wenig
- wie die Eltern und die Lehrer*innen.

Wir GRÜNE wollen daher eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte von Schüler*innen und eine höhere Verbindlichkeit im Rahmen der anstehenden Schulgesetzänderung. Dazu gehört die Stärkung des Schulausschusses als Gremium, in dem Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen gleichermaßen vertreten sind. Wir streben an, die Gesamtkonferenz der Schulen für eine paritätische Besetzung mit allen an der Schule vertretenen Gruppen zu öffnen und daraus ein Schulparlament zu entwickeln. Gremien wie der Klassenrat und das Schülerparlament sollen im Schulgesetz verbindlich festgeschrieben werden.

Darüber hinaus wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz den Stellenwert politischer Bildung in und außerhalb der Schule stärken. Das fängt schon bei der frühkindlichen Demokratiepädagogik in den Kindertagesstätten an und soll auch an Grundschulen gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir, dass der Sozialkundeunterricht in der Sekundarstufe an allen Schularten ausgebaut wird. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in den Lehrplänen das Thema Kommunalpolitik intensiv behandelt wird. Wir werden uns auch durch eine Stärkung dieses Themas in der Lehrer*innenaus-, fort- und Weiterbildung dafür einsetzen, dass Kommunalpolitik im Unterricht auch überall behandelt wird. Durch die in der Gemeindeordnung verankerte Jugendbeteiligung können wir diese so mit dem Sozialkundeunterricht vor Ort verknüpfen. Dadurch können Schüler*innen das Thema kommunale Politik und Beteiligung praktisch erlernen und stärken das Vertrauen in unsere Demokratie

Die Beteiligung junger Menschen ist wichtig für unsere Demokratie. Elf
Bundesländer haben das Wahlalter bei Kommunalwahlen und vier davon auch für die
Wahl der Landesparlamente auf 16 Jahre abgesenkt. Es ist wichtig, dass
Jugendliche mitwirken können, wenn es um wichtige Zukunftsfragen geht. Deshalb
werden wir weiter für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen werben und
Druck machen. Für uns ist die Blockadehaltung der CDU bei der Absenkung des
Wahlalters auf 16 Jahre in der Landesverfassung unverständlich – insbesondere
vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen, die durch die Absenkung des
Wahlalters in elf anderen Bundesländern gemacht wurden. Junge Menschen beleben
mit ihrer Mitbestimmung die Kommunalpolitik – diesen frischen Wind wollen wir
auch für die Kommunalwahl 2019.

15 Räume: Vor Ort jungen Menschen Raum geben

Jugendliche sind im Vergleich zur restlichen Bevölkerung überdurchschnittlich
häufig ehrenamtlich aktiv. Sie bringen sich vor Ort ein, in Sportvereinen, in
der Schule, in Jugendgruppen, bei der Jugendfeuerwehr, in politischen
Jugendorganisationen oder bei der Auszubildendenvertretung. Das ehrenamtliche
Engagement von Jugendlichen und ihren Verbänden leistet in vielen
Lebensbereichen einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren unserer
Zivilgesellschaft. Schulische und außerschulische Bildungs- und Lernorte
ergänzen einander sinnvoll. Selbstorganisation, Selbstwirksamkeit und
Teamfähigkeit können hier im besonderen Maße erfahren und entwickelt werden.
Daher stellen die verbandliche und die kommunale Jugendarbeit, aber ebenso auch
die Jugendsozialarbeit einen unschätzbaren Wert als non-formale und informelle
Bildungs- und Lernorte dar. Neben der formalen Bildung sind sie ein fester
Bestandteil unserer Bildungslandschaft in Rheinland-Pfalz. Durch den Ausbau der
schulischen Ganztagsangebote wachsen gleichermaßen die Möglichkeiten wie auch
der Bedarf danach, im schulischen Alltag Freiräume für eigene

- Gestaltungsmöglichkeiten auszuweiten. Wir wollen formale und non-formale Bildung besser verzahnen und zu kommunalen Bildungslandschaften weiterentwickeln.
- 133 Ressourcen: Mehr Geld für Jugendliche
- 134 Wir GRÜNE haben erreicht, dass Jugendpolitik nicht nur politische
- Querschnittsaufgabe ist, sondern auch mit Geld für mehr Jugendarbeit und
- 136 Jugendbeteiligung ausgestattet wird. Mit der Erhöhung der Mittel für eine
- eigenständige Jugendpolitik um jährlich 1 Mio. Euro wird die Jugendstrategie der
- Landesregierung finanziell untermauert. Damit ermöglichen wir den weiteren
- Ausbau der kommunalen Jugendarbeit und unterstützen Jugendverbände in ihrer
- 140 wichtigen Arbeit.
- 141 Es ist gelungen, die Förderung des Landesjugendrings als Zusammenschluss der
- Jugendverbände des Landes finanziell zu stärken und die von den Jugendverbänden,
- auch mit viel ehrenamtlicher Arbeit geleistete Bildungsarbeit besser durch
- hauptamtliche Kräfte zu unterstützen. Wir haben die Voraussetzungen dafür
- geschaffen, dass die Jugendarbeit im ländlichen Raum ausgebaut werden konnte und
- wir haben die Jugendsozialarbeit gestärkt, bei der gezielte Angebote für eine
- bessere Teilhabe benachteiligter Jugendlicher im Mittelpunkt stehen. Dabei
- setzen wir auf Ansätze, die Jugendliche bei der Entwicklung eigenständiger
- 149 Handlungsmöglichkeiten stärken. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch darin,
- dass gezielt diejenigen Kommunen gefördert werden, die attraktive Möglichkeiten
- der Jugendbeteiligung entwickeln.

Begründung

erfolgt mündlich